

Über die
postmigrantische
Gesellschaft

naika
foroutan
es wäre
einmal
deutsch

Ch.Links VERLAG

Naika Foroutan
Es wäre einmal deutsch

Naika Foroutan

*Es wäre
einmal
deutsch*

*Über die
postmigrantische
Gesellschaft*

Ch.Links VERLAG

Auch als  erhältlich

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

Ch. Links Verlag ist eine Marke der Aufbau Verlage GmbH & Co. KG

© Aufbau Verlage GmbH & Co. KG, Berlin 2023

www.christoph-links-verlag.de

Prinzenstraße 85, 10969 Berlin

Der Verlag behält sich das Text- und Data-Mining nach § 44b UrhG vor, was hiermit Dritten ohne Zustimmung des Verlages untersagt ist.

Umschlaggestaltung: zero-media.net, München

Satz: Nadja Caspar, Ch. Links Verlag

Druck und Bindung: cpi books GmbH, Leck

ISBN 978-3-96289-197-8

Inhalt

Vorwort — 9

2010

Das Leben der Anderen

Eine Antwort auf Thilo Sarrazin — 24

Wer ist wir?

Muslimischsein ist derzeit vor allem das Gegenteil
von Deutschsein — 31

Wer gehört zum neuen Deutschland?

Über »Ausländer«, »Migranten«, »Andere Deutsche«,
»Paradigma-Neudeutsche«, »D-Länder«, »Neue Deutsche«,
»Postmigranten« und »Bindungs-Identitäten« — 35

2011

German Angst

Über ein sich veränderndes Deutschland — 50

Innerdeutsche Grenze Islam?

Über desintegrative Folgen der Integrationsdebatte — 59

2012

Wird man doch noch sagen dürfen

Heinz Buschkowskys Buch über Neukölln ist rassistisch –
auch wenn er das gar nicht will — 76

Ein Angriff, der uns allen gilt

Deutschland diskutiert über Christian Wulff –
eine Debatte über den NSU wäre wichtiger — 82

2013

Die entsicherte Gesellschaft im Blick

Zum Abschluss der »Deutschen Zustände«
von Wolfgang Heitmeyer — 88

2014

Ein neues Deutschland

Warum die Rede des Bundespräsidenten zur Integrationspolitik
eine Zeitenwende einleitet — 102

Narrationen von Nationen

Wie erzählt man nationale Identität in Deutschland neu? — 107

2015

Wer integriert hier wen?

15 Jahre Leitkulturdebatte — 132

2016

Wie lange bleibt man ein Fremder?

Über das Dilemma der Annäherung — 138

Wie geht Einwanderungspolitik?

Ein Land am Scheideweg — 154

2017

Was geschieht nach der Migration?

Ungleichheiten in der postmigrantischen Gesellschaft — 160

2018

Nationale Identität in der pluralen Demokratie

Erzählungen vom Deutschsein — 170

2019

»Das nennt man Emanzipation«

Über Stereotype gegenüber Muslimen und Ostdeutschen

und deren Aufbegehren — 188

Wenn er es schafft, schaffen wir es auch

Cem Özdemir als Figur in der postmigrantischen Gesellschaft — 201

Heimat. Erde. Migration

Mein kulturelles Code-Switching — 207

2020

Hanau

Ein Anschlag, der sich in ein Kontinuum einschreibt — 220

Darüber sollten wir eigentlich sprechen!

Rassistische Schließungen von gesellschaftlichen Positionen — 229

2021

Migration ist ein globaler Megatrend

Deutschland braucht endlich einen Plan, allen voran

die neue Ampelregierung — 236

Ambivalenz als Signatur der postmigrantischen Gesellschaft

Der Kampf um die Deutungshoheit einer neuen

deutschen Identität — 242

2022

Es wäre einmal deutsch

Das lange Jahrzehnt der postmigrantischen Aushandlung
und sein vorläufiges Ende — 256

Berliner Silvesterkrawalle

Die Frage nach dem Migrationshintergrund führt ins Nichts — 262

Migrantisches Gold

Ohne Einwanderung geht nichts mehr — 267

Quellenverzeichnis — 269

Vorwort

Als Shermin Langhoff im Jahr 2009 aus einer widerständigen Laune heraus entschied, sie wolle ab jetzt *postmigrantisches* Theater machen, tat sie das auch, um zu zeigen, dass Migration kein Nischenthema mehr ist, für folkloristische Tänze, Liedgut und Eingeweihte. Sie wollte eine neue Art von Theater schaffen, das bald zu dem innovativsten zählen sollte, was deutsche Performanz anzubieten hatte. Mit einer entwaffnenden Chuzpe begann sie deutsche Kunst umzudefinieren. Vielleicht ahnte sie, dass ihre Art, über Kulturproduktion nachzudenken, sie sich zu greifen und sie als neue deutsche *Art* der Gegenwart zu setzen, eines Tages tatsächlich beschreiben würde, was das heutige Deutschland der 2020er Jahre ausmachen würde: ein hybrides, von migrantischer Sprache, Performanz, Wut, Lässigkeit und Attitude angetriebenes und neugewordenes, in Teilen ziemlich cooles Land. Vielleicht hoffte sie es auch nur.

Etwa ein Jahrzehnt später – nach harten Aushandlungen um eine sich verändernde, nationale Identität, um gesellschaftlichen Zusammenhalt in hoch pluralen Zusammenhängen und um die Rolle Deutschlands als migrationspolitischer Akteur in der Welt – reflektierte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede zum 60. Jahrestag des Anwerbeabkommens mit der Türkei darüber, was die Konstitution Deutschlands ausmache: Wer ist denn dieses »Wir«? fragte er in den Raum, um die Frage dann entspannt selbst zu beantworten: »Wir sind ein Land mit Migrationshintergrund!« Dies kann durchaus als Zusammenfassung dessen gelten, was Deutschland zu Beginn der 2020er Jahre beschreibt.

Wie sie zustande kam, die Neuerzählung dieses Landes, in einem Prozess des Haderns, sich Wehrens, des Erkennens und Benennens

der Migrationsfrage, habe ich im letzten Jahrzehnt als Migrationsforscherin betrachtet und beforscht. Aber ich habe diese Entwicklung auch als Bürgerin begleitet, beschimpft, belächelt und umarmt, aus Gründen auch beweint. Zusammen mit vielen anderen Kolleg:innen, Kulturschaffenden, Aktivist:innen. Dieses Buch versammelt Essays, Aufsätze, Vorträge und Stellungnahmen, die rückblickend als Chronik eines Jahrzehnts postmigrantischer Aushandlungen gelesen werden können. Sie spiegeln auch in ihrer Tonalität die Veränderung der migrantischen Frage in Deutschland.

Das Postmigrantische und seine Gegner

Zeitgleich zum Entstehen des postmigrantischen Theaters am Ende der Nullerjahre braute sich 2009 ein Sturm zusammen, der die Identitätsfindungsdebatten der nachfolgenden 2010er Jahre maßgeblich prägen sollte. Thilo Sarrazin, SPD-Mitglied, Angehöriger des Vorstands der Deutschen Bundesbank und ehemaliger Finanzsenator von Berlin, gab in einem langen Interview für ein Kulturmagazin den Anstoß zu einem gesellschaftspolitischen Diskurs, der die völkisch nationalen Abwehrstrategien und ihre politische Organisationskraft für das Jahrzehnt prägen sollte. Die Frage danach, was Deutschland ausmache und ob sich diese Imagination gerade selbst abschaffe, wurde dabei vor allem entlang der muslimischen Zugehörigkeit zu Deutschland gestellt. Sie korrelierte in großen Teilen mit der Diskussion darüber, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei und wenn ja, wie viele und welche Migranten dazu gehören könnten, damit Deutschland noch Deutschland bleibe? Es war recht deutlich zu erkennen, dass diese Lesart von Identität, Kultur, Nation von einer Logik geleitet wurde, wonach diejenigen, die später dazugekommen sind, sich an die Fiktion eines alten, etablierten und homogenen Gefüges anzupassen hatten.

In Gegenposition dazu sollte das Präfix *post-* nicht nur die ewige Frage nach dem Einwanderungsland mit Ja beantworten, sondern gleichsam ein affirmatives Ausrufezeichen dafür sein, dass das ganze

Land, und somit auch seine »Eingesessenen«, seine Sprache, Kultur und Politik, sich *nach* der Migration veränderten – und nicht nur die Eingewanderten. Nach der Migration und über die Migration hinaus entsteht ein neuer persönlicher, gesellschaftlicher, politischer, rechtlicher und kultureller Beziehungszusammenhang, den wir heute Deutschland nennen und morgen auch, selbst wenn die Menschen, die in diesem Morgen leben, anders aussehen und heißen, als es im Gestern üblich war. Das Postmigrantische forderte reale gesellschaftliche Veränderungen über das Symbolische hinaus. Das Versprechen des Grundgesetzes, in dem mit Artikel 3 allen Menschen dieses Landes Gleichheit versprochen wird, sollte empirisch umgesetzt werden, aus dem Moralischen heraus ins Politische treten und Gleichberechtigung für einen großen Teil der migrantischen Bevölkerung schaffen. Denn nach Jahrzehnten der Einwanderung waren viele immer noch von höherer Armut, geringeren Löhnen, weniger Bildungsaufstiegen, schlechteren Wohnungen und mehr Diskriminierung im Alltag betroffen.

Während sich dieses postmigrantische Deutschland in den 2010er Jahren formulierte und formte, wurde die damit einhergehende produktive Aushandlung und wer dabei mitsprechen darf, aktiv angegriffen. Nicht allein diskursiv, wie oben beschrieben, sondern auch objektiv und todbringend – mit beinahe 50 rassistischen Morden, die sich in dieses antagonistische Jahrzehnt mit eingeschrieben haben.

Die Polarisierung der 2010er Jahre entstand nicht nur durch die Gleichzeitigkeit einer produktiven Neudefinition der deutschen Einwanderungsgesellschaft und den Widerständen dagegen. Tatsächlich hatte es auch schon in den 1990er Jahren rassistische Morde in Deutschland gegeben und die integrationspolitischen Zugeständnisse der 2000er hatten zu jenem offensiven Backlash geführt, der sich in Sarrazins Buch *Deutschland schafft sich ab* als einem der meistverkauften Bücher seit dem Zweiten Weltkrieg dokumentiert. Der Unterschied zwischen den Nuller- und den Zehnerjahren lag allerdings darin, dass in den Zehnerjahren migrantische Agency »von« Eingewanderten

wanderten und ihren Nachkommen proaktiv einleitete und formulierte, was das »Neue Deutschland« ausmachen sollte, während das Jahrzehnt nach dem Millennium noch eines der Benevolenz und Reaktanz war, in dem vor allem »für« Migranten gedacht und gehandelt wurde.

Das Millennium hatte mit einem Schock begonnen: Der 11. September 2001 hatte das Vertrauen in die eigene Verteidigungskraft des Westens erschüttert und auch in Deutschland zu einer sicherheitspolitischen Verschärfung geführt. Vor allem Muslime wurden durch die Sicherheitspakete des damaligen Innenministers Otto Schily, durch Rasterfahndungen und Racial Profiling in eine Position des Dauerverdachts und des kollektiven, symbolischen und sozialen Ausschlusses gebracht. Nicht, dass es zuvor eine besondere Zuneigung zu dieser Gruppe gegeben hätte: Ausländerliebe als Wort hatte in Deutschland auch vorher nicht existiert, im Gegensatz zu seinem Antonym. Aber nach fünf Jahren verschärfter antimuslimischer Sicherheitspolitik auf internationaler Ebene und dem Schrecken des »Homegrown Terrorism« in England, Holland und Frankreich dämmerte dem damaligen Innenminister Wolfgang Schäuble, dass er den Beobachtungen zu einer sich entfremdenden zweiten Generation muslimischer Eingewanderter etwas entgegensetzen musste. Mit der Deutschen Islamkonferenz 2005 und seiner Aussage »Der Islam gehört zu Deutschland«* leitete er eine politische Kehrtwende ein. Der Diskurs über die Zugehörigkeit des Islam zu Deutschland dominierte allerdings weiterhin Fragen nach nationaler Identität und Zugehörigkeit. Angela Merkel folgte Schäubles Annäherungspolitik gegenüber der migrantischen Bevölkerung in Deutschland ein Jahr später mit

* Ja, es war Schäuble, der das 2005 sagte, und nicht erst Christian Wulff 2011, auch wenn die Aussage des Ersteren keine Proteste hervorrief, während Christian Wulff möglicherweise an derselben Aussage sechs Jahre später stürzte. Dazwischen lag ein wirkmächtiger antimuslimischer Diskurs, rund um das Buch von Thilo Sarrazin.

dem ersten Deutschen Integrationsgipfel. Die neue Linie der Nullerjahre hieß »Integration ist keine Einbahnstraße«, und in hoch dynamischen Etappen begannen die Aushandlungen darüber, was dieser Aussage in der Realität folgen sollte.

Kurze Erinnerung an die neuere Migrationsgeschichte

Der Migrationshistoriker Klaus Bade kommentierte damals lakonisch, dass nun in wenigen Jahren das nachgeholt werden sollte, was in den 50 Jahren zuvor versäumt worden war. Tatsächlich war sein Vorwurf der verschlafenen Integrationspolitik sehr klar: Die neuere Geschichte der Migration nach Deutschland hatte ja bereits 1955 mit dem ersten Anwerbeabkommen zur Arbeitsmigration mit Italien eingesetzt. Es folgte ein sich überschlagendes Anwerbejahrzehnt: 1960 wanderten Arbeiter:innen aus Spanien und Griechenland ein, es folgten die Türkei (1961), Marokko und Südkorea (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968). Von 1967 bis 1986 fand die Einwanderung aus den sogenannten Bruderstaaten Kuba, Vietnam und Mosambik in die DDR statt.

Integration als Anerkennungs-, Chancengleichheits- und Teilhabepolitik hatte in diesen Jahrzehnten keinerlei Relevanz, Segregation war das dominierende gesellschaftspolitische Konzept. Die Leute kamen, damit sie wieder gehen sollten – egal ob sie als Studierende im Land waren oder als Musiker oder Fabrikarbeiter:innen. Viele blieben.

Auch der Anwerbestopp 1973 in Westdeutschland änderte nichts an der Einwanderungsdynamik, denn die Familienzusammenführung und internationale, migrationstreibende Konflikte brachten auch danach neue Migrant:innen nach Deutschland, zum Beispiel die sogenannten Boatpeople, die vor dem Vietnamkrieg flohen. In den 1980er Jahren folgten Wellen der Fluchtmigration aus den Krisengebieten des Nahen Ostens, bedingt durch die iranische Revolution, den Militärputsch in der Türkei, den Iran-Irak-Krieg und den Bürgerkrieg im Libanon. Auf jene ehemaligen Gastarbeiter der 1950er und

1960er Jahre aus muslimischen Ländern addierten sich in den 70er und 80er Jahren Intellektuelle, Oppositionelle, Kurden, Palästinenser, Yeziden, Schiiten, Sunniten, Aleviten aus denselben Ländern und pluralisierten die muslimische Bevölkerung in Deutschland weiter. Auch in den 1990er Jahren ebte die Einwanderung nicht ab – vor allem durch den Jugoslawienkrieg, aber auch durch die hohe Zahl von Aussiedler:innen und jüdischen Kontingentflüchtlingen nach der Wiedervereinigung. Die 2000er wiederum brachten mit der europäischen Finanzkrise eine erneute Welle südeuropäischer Einwanderung nach Deutschland.

Als 2006 der erste Integrationsgipfel durch die damalige Kanzlerin Angela Merkel initiiert wurde, waren mehr als 50 Jahre vergangen, bis eine Bundesregierung das Thema der gemeinsamen Gestaltung und Neudefinition der Einwanderungsgesellschaft auf höchster Ebene aufgerufen hatte. Flankiert wurde die Aushandlung der Einwanderungsgesellschaft in diesem Zeitraum durch die erste zynische Debatte zur deutschen Leitkultur. Sie war 2001 von Friedrich Merz eingeleitet worden und sollte alle paar Jahre neu intoniert werden. Das Staatsangehörigkeitsgesetz war gerade reformiert worden und es wurde dadurch einfacher, Deutsch zu werden, auch wenn die Urahren es nicht schon immer waren. Die Süßmuth-Kommission hatte 2001 offiziell gemacht, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist – mit einem Anteil von 16 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund und beinahe 50 Jahren ungebrochener Migrationsdynamik.

Die Leitkulturdebatte kündigte an, was die Sarrazin-Debatte vollenden sollte. In den vergangenen 70 Jahren seit dem ersten Anwerbeabkommen von 1955 hatten rassistische Hierarchien einander abgelöst: Während es in den 1950er Jahren in Wirtshäusern Schilder gab mit der Aufschrift »Für Hunde und Italiener verboten«, avancierten diese mit der Ankunft von türkischen Einwanderern zu beliebten Nachbarn, Dolce Vita und Europäern – blieben strukturell allerdings weiterhin benachteiligt. Spanier, Portugiesen und Griechen folgten den Italienern im Ansehen und in der Beliebtheit. Die türkeistämmi-

gen Menschen wurden hingegen keineswegs zu Lieblingsausländern der Deutschen, auch wenn man in Deutschland zunehmend mehr Döner aß, Öger-Tours den Massentourismus nach Antalya einführte und Cem Özdemir zum anatolischen Schwaben morphete. Im Gegenteil, je länger sie blieben, je mehr sie aufstiegen, je prominenter und sichtbarer – als Fernsehansager:innen, Schauspieler:innen, Sportler:innen und Politiker:innen – sie wurden, desto höher artikulierten sich die Abwehr gegenüber dieser Gruppe. Bis eben zu dem Punkt, an dem Thilo Sarrazin den Kernsatz »Integration ist keine Einbahnstraße« offen über Bord warf: Er, Thilo Sarrazin, müsse »niemanden anerkennen, der keine produktive Funktion erfüllt, außer Gemüse zu verkaufen und konstant neue Kopftuchmädchen zu produzieren«. Ein sehr wesentlicher Teil der Bevölkerung fand, das wird man ja wohl noch sagen dürfen – aber ein anderer nicht weniger wesentlicher Teil der Bevölkerung fühlte sich massiv vor den Kopf gestoßen. Nicht nur der Sexismus in diesem Satz widerte viele Migrant:innen, ihre Partner, Nachbarn und Arbeitskolleg:innen an – sondern auch der Klassismus: in einer Zeit, in der »produktive« Eliten der Welt eine Finanzkrise sondergleichen beschert hatten, war die gehässige Abfälligkeit gegenüber hart arbeitenden »Gemüseverkäufern« ein Vorgeschmack darauf, wie sich Klassenabwertung, Antifeminismus und Rassismus im kommenden Jahrzehnt verzahnen sollten. Ob der Islam zu Deutschland gehöre oder nicht, leitete als Grundkrawall zusätzlich durch die gesamte Dekade. *Die Türken* wurden ebenso wie *die Marokkaner*, *die Bosnier*, *die Libanesen*, Palästinenser, Iraner und Tunesier zusammengefasst zur großen Gruppe *der Muslime*, deren Zugehörigkeit bis heute mit unterschiedlichsten Argumenten in Frage gestellt wird. Das Ganze kann keineswegs als deutscher Sonderweg charakterisiert werden, sondern reihte sich ein in ein Jahrzehnt des Aufstiegs rechtspopulistischer Parteien in ganz Europa, die allesamt auf einem großen antimuslimischen Ressentiment aufbauten und sowohl im elitären Bildungsbürgertum als auch im abgehängten Prekariat sowie bei »besorgten Bürgern« ihre Unterstützung fanden.

Leitbild und neues deutsches Wir

Stand heute, zu Beginn 2023, haben bereits knapp 30 Prozent der Menschen in Deutschland eine Migrationsbiografie. In der Bevölkerungsgruppe der unter 18-Jährigen sind es bereits 40 Prozent, die statistisch einen Migrationshintergrund aufweisen, bei den Unter-zehn-Jährigen sogar fast jedes zweite Kind. In Großstädten wie Frankfurt am Main haben 75 Prozent aller einzuschulenden Kinder internationale Hintergründe. Deutschland steht also absehbar vor einer gesellschaftlichen Figuration, bei der sich – zumindest unter den jüngeren Menschen – in den kommenden zehn Jahren Mehrheits- und Minderheitsverhältnisse umkehren werden und die Kategorie »Migrationshintergrund« zur dominanten Mehrheitserfahrung wird.

Dieses multiplurale Deutschland, das sich mit den 2000ern »Einwanderungsland« nannte, brauchte ein neues Leitbild. Die Aushandlung dieses Leitbilds war die zentrale Aufgabe beim Nachdenken über die postmigrantische Gesellschaft. In dieser Zeit wurde das »neue deutsche Wir« als Reaktion auf Sarrazins offensives und abwertendes »Ihr« spielerisch, planerisch und politisch, in Songs oder Büchern erprobt und ausgereizt, aber auch aktiv gesetzt. Neue-Deutsche-Vereine gründeten sich und eroberten in den Zehnerjahren den Diskurs. Wenn Sarrazin mit einem wohl kaum gerechnet hatte, dann damit, dass als Antwort auf seinen Entzug der deutschen Zugehörigkeit eine kollektive Organisationsstruktur der neuen deutschen Identität in Gang gesetzt werden würde. Vereine wie DeutschPlus, Deutscher Soldat oder Typisch Deutsch entstanden, die alle explizit »Deutsch« im Namen führten; muslimische Jugendgruppen wie die JIK (Junge Islam Konferenz) oder JUMA (Jung, Muslimisch, Aktiv) begannen hybride muslimisch-deutsche Identitätsangebote zu machen; Deutsch-Rap wurde zur stilgebenden Musikrichtung des Jahrzehnts und dominierte alle Charts. Die Songs wurden gesungen und performed von all jenen, die Sarrazin dafür verantwortlich gemacht hatte, dass Deutschland sich eines Tages abschaffen würde, weil diese Menschen keine Aspiration, keine Motivation und keine Intelligenz besäßen und

genetisch auch nicht in der Lage seien, das zu verändern. Am Ende setzte sich sogar der damalige Bundespräsident Joachim Gauck mit diesem neuen deutschen Wir auseinander.

Auch die deutsche Fußball-Nationalmannschaft veränderte sich in diesem postmigrantischen Jahrzehnt. Die Mannschaftsaufstellung für die WM 2010 und das nationale Abfeiern des Kaders, mit Spielern wie Jérôme Boateng, Sami Khedira, Cacau, Mario Gómez, Lukas Podolski, Miroslav Klose, Piotr Trochowski, Dennis Aogo, Serdar Taşçi und Mesut Özil, gaben erste Hinweise darauf, dass das Land seine migrantischen Kinder zu umarmen lernte. Mesut Özil stieg in diesem Jahrzehnt zum neuen deutschen Fußballhelden auf. Bei der WM 2018 in Russland rutschte er allerdings in der Gunst wieder ab, weil er vorher mit dem türkischen Präsidenten Erdoğan ein Foto gemacht hatte und man sich nicht mit Machthabern fotografieren lassen sollte, die keine Demokraten waren. Beim Foto der deutschen Nationalmannschaft mit dem russischen Präsidenten Putin, der auch damals schon kein Demokrat war, gab es allerdings keinerlei Aufschrei oder Bedenken. Die Debatten darüber wurden nur zum Teil unreflektiert geführt. Ein nicht unwesentlicher Teil der Bevölkerung erkannte die Doppelstandards in der Bewertung von Migrant:innen und ihren Nachfahren sehr wohl, was die politische Aushandlung dessen vorantrieb, was das postmigrantische Deutschland sein sollte: eine Gesellschaft, in der die soziale, religiöse oder nationale Herkunft nicht mehr zu Ungleichbehandlungen führen darf.

Im Zuge der postmigrantischen Aushandlungen der 2010er Jahre rückte die Auseinandersetzung mit der Wiedervereinigung und der Position von Ostdeutschen im neuen Deutschland zunächst in den Hintergrund. So als gäbe es nur Platz für eine zusätzliche Gruppe, um die sich das etablierte Deutschland – immer noch vor allem aus der westdeutschen Bundesrepublik bestehend – Gedanken machen konnte, wie es die Journalistin Jana Hensel einmal treffend formulierte. Mit der Zeit begannen allerdings Ähnlichkeiten in den Abwertungsprozessen in den Fokus zu rücken: mangelnde Repräsentation in

den Eliten, abfällige Stereotype, Lohnungleichheiten gegenüber Ostdeutschen wurden aus migrantischer Perspektive adressiert mit dem Aufruf zu gemeinsamen strategischen Allianzen. Das postmigrantische Jahrzehnt hatte sich die Gleichheitsfrage auf die Fahne geschrieben und der migrantische Code stand *pars pro toto* als Chiffre für die Aushandlung von Gleichheit und Gleichwertigkeit, nicht nur der Migrant:innen und ihrer Nachkommen, sondern breiter, weiter, darüber hinaus. Auch dafür stand das *post-*. Ostdeutsche und Migranten als die ewigen Zweiten, die sich gegenseitig neutralisieren, war kein Angebot mehr für ein Land, in dem mehr als 50 Prozent der Gesellschaft entweder ostdeutsch oder migrantisch oder beides waren.

Flucht und Migration – die politische Krise 2015/16 und der Hass

Spätestens mit der Flüchtlingskrise 2015/16 schien die Frage geklärt, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist oder nicht. Das Land hatte sich mittlerweile zu einem der dynamischsten Migrationsakteure weltweit entwickelt. In absoluten Zahlen steht Deutschland heute hinter den USA an zweiter Stelle, was internationale Einwanderung angeht, und es befindet sich unter den Top Fünf, wenn es um die Aufnahme von Geflüchteten geht.

Parallel zu dieser neuen Rolle in der Welt wuchs der Hass. Die Willkommenskultur, die den überwältigenden Beginn der offeneren Migrationsidentität Deutschlands kennzeichnete, wurde diskursiv und politisch abgelöst von Abneigung, die Hand in Hand ging mit dem Aufstieg der AfD zur größten Oppositionspartei in Deutschland. Schon vor dem Sommer der Migration hatte die rechte Gruppierung Pegida Zehntausende in Dresden auf die Straße gebracht, um als patriotische Europäer gegen eine vermeintliche »Islamisierung des Abendlandes« zu protestieren.

Die Selbstenttarnung des NSU, die im selben Jahrzehnt stattfand, und die zögerliche juristische Aufarbeitung des gesamten rassistischen Komplexes, der dahinterlag, hatten gezeigt, dass das alte

Deutschland auf einen Rückhalt rechter Gedanken in institutionellen Strukturen, dem Verfassungsschutz und im Unterstützerumfeld zählen konnte.

Diese rassistischen Strukturen sind bis heute wirkmächtig. Sie sind nicht nur bei den Sicherheitskräften, der Polizei, dem KSK, der GSG 9 oder der Bundeswehr verankert. Der Mord an Walter Lübcke 2019 in Kassel, die antisemitische Attacke im selben Jahr mit dem Versuch, an Jom Kippur die Synagoge in Halle zu stürmen, dem nachfolgenden Angriff auf einen Dönerladen und dem Tod von zwei unbeteiligten Bürger:innen, sowie die Ermordung von neun migrantischen Hanauer:innen am 19. Februar 2020 durch einen weißen westdeutschen Bankangestellten zeigen, wie die Spur, die Sarrazin zu Beginn der Zehnerjahre mit Worten gelegt hatte, in Taten übergegangen war. Der vergiftete und breit verankerte Diskurs hatte bei denjenigen, die zum Töten bereit waren, das Gefühl erzeugt, das auszuführen, was eine vermeintlich leise Mehrheit sich wünsche.

Dabei war empirisch und statistisch klar, dass die Mehrheit in Deutschland keineswegs diese Einstellungen teilte, dass der Sommer der Migration 2015 und die daraufhin einsetzende Willkommenskultur von einer breiten Mehrheit auch dann noch getragen und gelebt wurde, als eine laute extreme Minderheit schon längst den Diskurs gekapert hatte und suggerierte, man könne nicht offen über Migration sprechen, obwohl bereits seit zehn Jahren kein einziger Tag vergangen war, an dem in Deutschland nicht blatant und »offen« über Migranten, Muslime, Geflüchtete und ihre Kinder, besonders ihre Söhne, gesprochen worden war.

Der Diskursreflex, den Sarrazin zu Beginn des Jahrzehnts gesetzt hatte – man dürfe ja wohl noch ... –, konnte jederzeit revitalisiert werden. Nicht zuletzt in der Silvesternacht 2022/23. Die Anfrage der CDU nach den Vornamen derjenigen, die in dieser Nacht in Berlin randaliert und Polizisten attackiert hatten, und das Machtspiel von Friedrich Merz, die doppelte Staatsangehörigkeit nochmals zu hinterfragen und die Ausweisungen zu verschärfen, verdeutlichen, wie

angreifbar die postmigrantische Aushandlung politisch ist und dass einmal gewonnene Positionen auch jederzeit wieder entzogen werden können.

Rückschau, Bilanz, Ausblick

Dieses Buch ist eine Reflexion der gesellschaftspolitischen Aushandlungen eines Jahrzehnts, in dem Deutschland den Weg vom »Einwanderungsland wider Willen« zur postmigrantischen Gesellschaft gegangen ist, also zu einer Gesellschaft, in der es nicht mehr darum geht, *ob* das Land sich als Einwanderungsland beschreibt, sondern wie dieses Land *nach* dieser Erkenntnis gestaltet wird. Migration steht nicht mehr für das temporäre Kommen, sondern für das langfristige Bleiben, und das, was nach der Einwanderung passiert: eine postmigrantische Neuordnung etablierter Strukturen, Prämissen, Privilegien und Perspektiven.

Das Buch zeichnet anhand der ausgewählten Texte komplexe Entwicklung nach und bilanziert gleichzeitig die wichtigsten ihrer Ergebnisse. Denn während es erscheint, befindet sich Deutschland in den 2020er Jahren – einem Jahrzehnt, das wahrscheinlich geprägt sein wird von einem neuen Paradigma. In ganz Europa steigt die Konkurrenz um Arbeitskräfte: um (hoch)qualifizierte Fachkräfte in der Pflege, im Bildungssektor, im Bauwesen, in der Informatik und der Biotechnik ebenso wie um geringer Qualifizierte oder quer Einstiegende wie LKW-Fahrer, Nannys, Supermarktmitarbeitende oder Aushilfskräfte in der Gastronomie. Die westlichen Industrienationen werden im kommenden Jahrzehnt 30 Prozent ihrer Arbeitskräfte aufgrund der Demografie in den Ruhestand schicken müssen. Bis 2036 wird über die Hälfte der Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung in Rente gehen. Ob Bildungs- oder Gesundheitswesen, Verwaltung, Transport- oder Baubranche – in allen systemrelevanten Sektoren fehlt es an Menschen. Durch Migrationsverknappung, Re-Migration und neue Zentren außerhalb Europas, die attraktive Anwerbestrategien verfolgen, werden Migrant:innen zu einer umkämpften

Ressource. »Migrantisches Gold« wird die neue Währung der Aushandlung im kommenden Deutschland werden.

Nach den vielen Jahren der Skepsis und Migrationsabwehr und nach der höchsten Einwanderung, bedingt durch den Angriffskrieg auf die Ukraine, können sich das viele Leser:innen dieses Buches vielleicht kaum vorstellen. Aber die Entwicklung wird auf diese Weise voranschreiten. Und die Debatten des nächsten Jahrzehnts werden davon geprägt sein, ob wir uns die Sarrazins und Co noch werden leisten können, wenn wir Deutschland nicht abschaffen wollen.

Naika Foroutan, März 2023

2010

ist das Jahr der Integrationsdebatten. Im Juni wird Christian Wulff Bundespräsident. Sein Satz »Der Islam gehört zu Deutschland« – geäußert in seiner Rede zum 20. Jahrestag der Wiedervereinigung – wird die öffentlichen Debatten prägen. Im selben Jahr findet Angela Merkel, dass Multikulti tot ist und Horst Seehofer fordert einen Zuwanderungsstopp aus fremden Kulturen. Im August veröffentlicht Thilo Sarrazin sein Buch *Deutschland schafft sich ab*. Vorab erscheinen Auszüge im *Spiegel*, bereits 2009 hatte Sarrazin zum Thema »muslimische Migranten« der Zeitschrift *Lettre International* ein langes Interview gegeben, in dem er sagt, Araber und Türken haben »keine produktive Funktion, außer für den Obst- und Gemüsehandel«. Seine abwertenden Aussagen zu »Kopftuchmädchen« werden später in die Rhetorik der AfD einfließen. Das Erscheinen von *Deutschland schafft sich ab* markiert den Beginn eines Jahrzehnts der Aushandlung über die Zugehörigkeit muslimischer Einwanderer zu Deutschland. In Tunesien verbrennt sich Mohamed Bouazizi für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit und entfacht eine soziale Bewegung, die sich zum Arabischen Frühling ausweitet und die Bevölkerung der Islamischen Welt von Nordafrika bis Iran in ihrem Streben nach Demokratie bis heute antreibt.

Das Leben der Anderen

Eine Antwort auf Thilo Sarrazin

Die Schweiz macht's vor: ein Verbot von Minaretten an muslimischen Gotteshäusern. Obwohl die Regierung, die beiden Landeskirchen, die jüdische Gemeinde, die Gewerkschaften und alle großen Parteien außer der rechtspopulistischen Schweizerischen Volkspartei (SVP) sich gegen das Verbot ausgesprochen und die Unternehmer im Hinblick auf die geschäftsschädigende Wirkung dieser Entscheidung ausdrücklich davor gewarnt hatten. In Holland, Italien und Dänemark überlegt man, ein solches Votum ebenfalls zu initiieren. Welche Folgen wird das für Deutschland haben? Auch hier ist das Gefühl des Unbehagens, der Angst vor »den Muslimen«, längst ein gesamtgesellschaftlicher Konsens – trotz politischer und wissenschaftlicher Bemühungen um Aufklärung.

Erschreckend ist, dass der Trend zu antimuslimischem Rassismus sich nicht vorrangig im bildungsfernen Milieu reproduziert. In puncto Islam ist die generalisierende Abwertung auch im bildungsnahen, bürgerlichen und liberal-demokratischen Milieu vorhanden und trifft nicht-religiöse Menschen mit muslimischem Migrationshintergrund und praktizierende Muslime gleichermaßen. »Vom Rand zur Mitte« heißt es in einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die belegt, dass rassistische Ressentiments durchaus nicht nur einer versteckten Minderheit über die Lippen kommen.

Die erschreckende Zustimmung zu Sarrazins aus dem Ärmel geschüttelter »gefühlter Empirie« findet man nicht nur bei den bildungsbürgerlichen Zuhörern des *Deutschlandradios*, sondern auch bei Lesern von *Der Spiegel*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und anderen Medien der aufgeklärten Mittelschicht. So steht zum Beispiel

im Weblog der *Welt*: »Von einer deutschen Abneigung gegen den Islam kann keine Rede sein. Wer damit die fehlende Integration so vieler Moslems erklären will, macht es sich zu leicht. Die Gründe dürften wohl eher innerhalb dieser Gruppe selbst liegen.« Begeisterte Kommentare als Reaktion – »endlich mal ein mutiger Artikel, endlich mal jemand, der die Wahrheit ausspricht. Respekt!« Peter Sloterdijks Aussage der »organisierten Feigheit vor der Wahrheit« deckt sich mit Matthias Matusseks empörter Haltung nach dem Motto »Man wird ja wohl noch ...«. Dabei fällt auf, dass alle auf ein vermeintliches Verfügungswissen rekurrieren, das sie selbst als Wahrheit empfinden, die endlich einmal ausgesprochen werden sollte – so als ob Deutschland sich in einem permanenten Kuschelkurs gegenüber den Muslimen befände und nicht seit der 1998 abgeschmetterten doppelten Staatsangehörigkeit kein Tag vergeht, an dem wir nicht an unsere Bringeschuld als Migranten erinnert werden würden.

Aber worauf basiert diese »gefühlte Wahrheit«? Wer ist in Deutschland eigentlich für die Wahrheit zuständig? Wer beachtet eigentlich die Forschungsergebnisse all der klugen Männer und Frauen, die für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das Bundesministerium des Inneren und für Heimat, für Emnid (Erforschung der öffentlichen Meinung, Marktforschung, Nachrichten, Informationen und Dienstleistungen), Allensbach (Institut für Demoskopie) und Sinus-Sociovision (Institut für Markt- und Sozialforschung) Studien zu Ressourcen, Integrationsbereitschaft und Integrationsfortschritten der »Muslime in Deutschland« erarbeiten? Wer liest die Antwort der Bundesregierung auf die von Wolfgang Bosbach in den Diskursraum geschleuderte Diffamierung, der kurz nach Thilo Sarrazin die »Integrationsverweigerer« in Deutschland stärker sanktioniert wissen möchte und der von der Faktenlage, die ihm seine Regierung daraufhin präsentiert, ganz offensichtlich nichts weiß: 77 Prozent aller zur Teilnahme Verpflichteten nahmen an den Integrationskursen teil. Bei der Nichtteilnahme kann nicht von Verweigerung gesprochen werden, vielmehr von diversen Entschuldigungsgründen wie

zum Beispiel Fortzug ins Ausland, Schwangerschaft, Eintritt in den Arbeitsmarkt.

Warum geht die Studie »Muslimisches Leben in Deutschland« aus dem Jahr 2009, die Sonia Haug für das BAMF mit dem bisher größten empirisch erhobenen Datensatz erstellt hat und in der den muslimischen Migrantinnen und Migranten eine hohe Bereitschaft und ein deutlicher Wille zur Integration attestiert wird, so sang- und klanglos in der »gefühlten Empirie« der Gesamtgesellschaft verloren? Auf eine Nachfrage diesbezüglich kommt die Antwort, dass am Tag der Präsentation dieser für den sozialen Frieden in Deutschland doch so zentralen Studie Michael Jackson verstarb, womit für die Pressekonferenz ein medialer Supergau entstand. Demnach konnte hier kaum jemand erfahren, dass sich nicht nur die Anzahl der in Deutschland lebenden Muslime substanziell verändert hat – es sind nämlich, oh Schreck!, eine Million mehr Menschen mit muslimischem Migrationshintergrund als bis dato vermutet –, sondern auch die Faktenlage eine andere ist: Es gibt nämlich keine stetig nachwachsenden Kopftuchmädchen. Die Fakten, basierend auf wissenschaftlich fundierten Untersuchungen objektiver Wissenschaftler, zeigen, dass in Deutschland insgesamt 70 Prozent der Muslime kein Kopftuch tragen und die Zahlen bei der zweiten Generation stetig abnehmen.

Wer kennt sie, diese Wahrheit? Warum kontrastiert sie so stark mit der vermeintlichen Kopftuchdominanz bei muslimischen Migrantinnen? Warum findet sich keine Antwort auf Herrn Sarrazins menschenfeindliche Aussage in Bezug auf die »mangelnde Produktivität der Türken in Berlin«, die berichtigt, dass bei der türkisch-deutschen Unternehmervereinigung Berlin-Brandenburg und der Handelskammer 9000 kleine und mittelständische Betriebe von Menschen mit türkischem Migrationshintergrund geführt werden, die ca. 29 000 Mitarbeiter haben und einen Jahresumsatz von circa 3,5 Milliarden Euro generieren. In ganz Berlin sind knapp 90 000 Unternehmen registriert. Warum antwortet niemand mit den Zahlen des Instituts für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim,